

Nein zur «Züri City-Card»

von Sandro Frei, Vizepräsident Jungfreisinnige Stadt Zürich

Die Jungfreisinnigen der Stadt Zürich lehnen die von der Stadt geplante City Card vehement ab. Deshalb freut es mich, dass der Jungfreisinn heute hier dabei sein darf und in diesem überparteilichen Rahmen das Ergreifen des Referendums verkünden darf.

Die breite bürgerliche Opposition gegen die von den Linken geplante City Card macht Hoffnung. Die City Card ist die neuste Episode sinnloser und überteuerter Projekte der rot-grünen Stadt Zürich. Nur schon die Planung wird Millionen kosten, von der Umsetzung gar nicht erst gesprochen. Alles in allem sind es **Unsummen**. All dies in Zeiten eines bereits angespannten Budgets der Stadt Zürich.

Schon vor der Corona-Krise war das Budget in zweifelhaftem Zustand. Seit Corona hat sich das Ganze akzentuiert. Wir sind gegen diese **Verschleuderung von Steuergeldern**. Wir können nicht immer noch mehr Geld, das den Bürgern gehört aus dem Fenster werfen.

Die Ausstellung einer solchen City Card ist **keine Kompetenz einer Kommunalregierung**. Die Kompetenzen sind ganz klar auf Bundesebene geregelt.

Unnötige zusätzliche Karte im Portemonnaie

Die City Card ist eine weitere unter vielen Karten im Portemonnaie der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich. Für viele davon ohne Nutzen, da sie bereits über ausreichende Identifikationsdokumente verfügen. Deswegen wage ich es zu bezweifeln, dass sie auch mitgeführt wird. Der Geldbeutel ist bereits genügend gefüllt mit weiteren Karten. Schweizerinnen und Schweizer, respektive angemeldete Ausländer werden weiter ihren bestehenden Ausweis zeigen und mitnehmen. Kaum einer, der Papiere besitzt, wird zusätzlich die neue Karte mitnehmen.

Eine Identitätskarte, wie sie vom Bund oder von der entsprechenden Stelle im Ausland ausgegeben wird für Personen mit geregeltem Aufenthaltsstatus, verspricht viel weiter gefasste Einsatzmöglichkeiten. Bestes Beispiel ist mit der ab Montag fast überall herrschenden Zertifikatspflicht. Das Vorweisen des Zertifikats geht einher mit der Kontrolle eines amtlichen Ausweises. Die City Card ist kein solcher amtlicher Ausweis. Es stellt sich auch die Frage, wie die Polizei im Falle einer Personenkontrolle reagieren wird, wenn die City Card anstelle eines amtlichen Ausweises präsentiert wird. Auch bei Privaten, als Beispiel Vermieter, kann man das Akzeptieren einer City Card nicht diktieren.

Auch wenn sich die City Card durchsetzen sollte, bleibt ihr Einsatz räumlich eng abgesteckt. Sobald eine Trägerin/ein Träger einer solchen Karte das Gebiet der Stadt verlässt, verliert die Karte an Gültigkeit. Eine zusätzliche räumliche Freiheit ist also nicht gegeben.

Keine Lösung für das Problem der Sans-Papiers

Das Problem der Sans-Papiers ist ihr ungeregelter Aufenthaltsstatus, der sie im täglichen Leben einschneidet. Dieser Status wird nicht gelöst, indem versucht wird, ihn zu verschleiern. Vielmehr müsste man, wenn man dies möchte, darüber diskutieren, wie man Sans-Papiers aus ihrer prekären Aufenthaltslage bringt, sei dies in Form einer Legalisierung des illegalen Aufenthalts. Auch dies ist aber nicht in der Hand der Stadt.